

currily AG Stuttgart

Prüfungsbericht
Konzernabschluss
für das Geschäftsjahr 2024

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Bezeichnung
currily, Gesellschaft, Mutterunternehmen	currily AG, Stuttgart
DRS	Deutsche Rechnungslegungs Standards
DRSC	Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e. V., Berlin
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf
IDW PS	IDW Prüfungsstandard
ISA [DE]	International Standard on Auditing [DE]

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Prüfungsauftrag	1
2. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	2
3. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens	6
4. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns	7
5. Prüfungsdurchführung	8
5.1. Gegenstand der Konzernabschlussprüfung	8
5.2. Art und Umfang der Konzernabschlussprüfung	8
5.3. Unabhängigkeit	10
6. Feststellungen und Erläuterungen zur Konzernrechnungslegung	11
6.1. Ordnungsmäßigkeit der Konzernrechnungslegung	11
6.2. Gesamtaussage des Konzernabschlusses	12
7. Schlussbemerkung	13

Anlagenverzeichnis

Konzernabschluss

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2024	Anlage 1
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024	Anlage 2
Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2024	Anlage 3
Entwicklung des Konzernanlagevermögens im Geschäftsjahr 2024	Anlage 4
Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2024	Anlage 5
Konzerneigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr 2024	Anlage 6

Anlage des Abschlussprüfers

Allgemeine Auftragsbedingungen	Anlage 7
--------------------------------	----------

1. Prüfungsauftrag

In der ordentlichen Hauptversammlung der

currily AG, Stuttgart,

vom 11. Juli 2024 wurden wir zum Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 gewählt. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft beauftragte uns demzufolge, den Konzernabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 gemäß den §§ 316 ff. HGB unter Einbeziehung der zu Grunde liegenden Konzernbuchführung auf freiwilliger Basis zu prüfen. Aufgrund der Beauftragung erstatten wir der currily AG, Stuttgart, über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht. Dieser Konzernabschlussprüfungsbericht (im Folgenden: Prüfungsbericht) ist ausschließlich an die currily AG, Stuttgart, gerichtet und wurde nicht für Zwecke Dritter erstellt, gegenüber denen demnach weder eine Verantwortlichkeit für den Inhalt noch sonstige Pflichten bestehen.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die als Anlage 7 beigefügten „Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ in der Fassung vom 1. Januar 2024 maßgebend. Die Höhe unserer Haftung bestimmt sich nach Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend. Zu den Voraussetzungen für eine Weitergabe an Dritte verweisen wir auf Nr. 6 der Allgemeinen Auftragsbedingungen.

2. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Zu dem beigefügten Konzernabschluss zum 31. Dezember 2024 (Anlagen 1 bis 6) haben wir folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:



Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die currily AG, Stuttgart

Prüfungsurteil

Wir haben den Konzernabschluss der **currily AG, Stuttgart**, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2024, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2024 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Konzernabschluss zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Konzernabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Konzernabschluss aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Konzernabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- planen wir die Konzernabschlussprüfung und führen sie durch, um ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftsbereiche innerhalb des Konzerns einzuholen als Grundlage für die Bildung eines Prüfungsurteils zum Konzernabschluss. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unser Prüfungsurteil.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.



3. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens

Die Gesellschaft erstellt freiwillig einen Konzernabschluss und hat auf die Erstellung eines Konzernlageberichts verzichtet. Als Abschlussprüfer können wir daher zur Beurteilung der Lage des Konzerns durch die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens, wie sie ansonsten im Konzernlagebericht zum Ausdruck kommt, nicht Stellung nehmen.

Die Darstellung der **Lage des Konzerns** im Konzernabschluss durch die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens ist zutreffend und steht mit den von uns im Rahmen der Konzernabschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang.

4. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns

Auf eine analytische Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben wir in Abstimmung mit den gesetzlichen Vertretern des Mutterunternehmens verzichtet.

5. Prüfungsdurchführung

5.1. Gegenstand der Konzernabschlussprüfung

Gegenstand der Konzernabschlussprüfung ist der nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellte Konzernabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 unter Einbeziehung der zu Grunde liegenden Konzernbuchführung.

Die Konzernabschlussprüfung erstreckt sich auch auf die Abgrenzung des Konsolidierungskreises, die in den Konzernabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse, die Überleitung dieser Jahresabschlüsse auf die für den Konzernabschluss geltenden Vorschriften (sog. HB II bzw. „Reporting Packages“) sowie die getroffenen Konsolidierungsmaßnahmen.

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir beurteilt, ob die einschlägigen handels- und gesellschaftsrechtlichen Vorschriften, ergänzende einschlägige Bestimmungen der Satzung und die deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie die DRS des DRSC eingehalten worden sind.

Die Beachtung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie eine Stellungnahme zur Angemessenheit des Versicherungsschutzes waren nicht Gegenstand unseres Auftrags. Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Konzernabschlussprüfung, als sich aus diesen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Konzernabschluss ergeben. Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z. B. Untreuehandlungen oder Unterschlagungen, sind nicht Gegenstand der Konzernabschlussprüfung.

Die Prüfung erstreckt sich gemäß § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf, ob über die bilanzielle Fortführungsannahme hinaus der Fortbestand der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen oder ob die Wirksamkeit oder Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden können.

5.2. Art und Umfang der Konzernabschlussprüfung

Die Grundzüge unseres prüferischen Vorgehens sind im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses“ des Bestätigungsvermerks dargestellt. Ergänzend geben wir hierzu nachfolgend Informationen zur Prüfungsdurchführung und unserem Prüfungsansatz.

Die Prüfungsarbeiten haben wir mit Unterbrechungen in unseren Büroräumen in den Monaten April bis Juni 2025 durchgeführt.

Einzelheiten über die Prüfungsdurchführung nach Art, Umfang und Ergebnis haben wir in unserem Prüfungsprogramm und in den Arbeitspapieren festgehalten.

Prüfungsstrategie

Unsere Prüfung haben wir in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit falsche Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern erkannt werden, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken.

Ausgangspunkt der Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023.

Der Prüfung liegt ein risiko- und prozessorientierter Prüfungsansatz zu Grunde, der insbesondere auf Kenntnissen der Geschäftstätigkeit, einer Einschätzung des wirtschaftlichen und rechtlichen Umfelds des Konzerns sowie auf einer Analyse der Risikofelder basiert. Hierauf aufbauend haben wir eine an den Geschäftsrisiken ausgerichtete Prüfungsstrategie entwickelt.

Ausgehend von einer Beurteilung der innewohnenden Risiken, des Kontrollumfeldes, des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Konzerns einschließlich seiner Teilbereiche sowie der Geschäftsprozesse haben wir ein Risikoprofil für den Konzernabschluss erstellt. Dabei haben wir die Verteilung der Abschlussposten des Konzernabschlusses über die einzelnen Teilbereiche berücksichtigt.

Wir haben die Ausgestaltung und Angemessenheit ausgewählter rechnungslegungsbezogener Kontrollmaßnahmen beurteilt und ggf. Funktionsprüfungen durchgeführt, um deren Wirksamkeit zu beurteilen. In Abhängigkeit von dem Grad der Wirksamkeit der internen Kontrollmaßnahmen haben wir Art und Umfang analytischer (Plausibilitätsbeurteilungen) und sonstiger einzelfallbezogener Prüfungshandlungen festgelegt. Bei Einzelfallprüfungen haben wir Nachweise in bewusster Auswahl bzw. unter Heranziehung von Stichprobenverfahren eingeholt. Dabei haben wir die Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit beachtet.

Unsere Prüfungsstrategie für das Berichtsjahr hat zu folgenden Prüfungsschwerpunkten geführt:

- Umsatzrealisierung
- Konzerneinheitliche Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- Prüfung der Konsolidierungsbuchungen auf Vollständigkeit, inhaltliche Richtigkeit und korrekte Verbuchung
- Konzerneigenkapitalentwicklung
- Ordnungsmäßigkeit der Konzernkapitalflussrechnung

Nachweise und eingeholte Bestätigungen Dritter

Für die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen standen uns Jahresabschlüsse dieser Unternehmen zur Verfügung. Der Jahresabschluss des Mutterunternehmens wurde von uns geprüft. Für die übrigen in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften wurden im Rahmen der Konzernabschlussprüfung Prüfungshandlungen zu ausgewählten Abschlussposten durchgeführt.

Auskünfte, Vollständigkeitserklärung

Auskünfte erteilten uns die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens sowie die uns benannten Mitarbeiter. Auskünfte erteilten uns des Weiteren die gesetzlichen Vertreter der übrigen in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen sowie die von ihnen beauftragten Mitarbeiter. Die erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden uns bereitwillig gegeben.

Die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens haben uns die Vollständigkeit der Konzernbuchführung und des Konzernabschlusses sowie die weiteren nach ISA [DE] 450 erforderlichen Informationen (nicht korrigierte falsche Darstellungen) in einer schriftlichen Erklärung bestätigt. Hierin erklären die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens auch, dass sie ihrer Verantwortlichkeit für die Aufstellung des Konzernabschlusses in Übereinstimmung mit den handelsrechtlichen Vorschriften nachgekommen sind.

Bei den Jahresabschlüssen, die nur im Rahmen der Konzernabschlussprüfung von uns geprüft wurden, wurde uns die Vollständigkeit der Jahresabschlüsse von den gesetzlichen Vertretern der Tochterunternehmen bestätigt.

5.3. Unabhängigkeit

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Konzernabschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

6. Feststellungen und Erläuterungen zur Konzernrechnungslegung

6.1. Ordnungsmäßigkeit der Konzernrechnungslegung

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse sind die Konzernbuchführung und die weiter geprüften Unterlagen ordnungsgemäß und entsprechen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften.

Wir haben zu unserer Prüfung den in Abschnitt 2. wiedergegebenen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der das Prüfungsergebnis in Bezug auf die nachfolgenden Aspekte beinhaltet:

- Ordnungsmäßigkeit der Bestandteile des Konzernabschlusses in allen wesentlichen Belangen – ausgehend von den Zahlen der Vorjahreskonzernbilanz – und deren Ableitung aus den einbezogenen Abschlüssen
- Ordnungsmäßigkeit und Beachtung der Stetigkeit der Abgrenzung des Konsolidierungskreises sowie ggf. Angabe von Veränderungen im Konsolidierungskreis gegenüber dem Vorjahr
- Beachtung aller für die (Konzern-)Rechnungslegung geltenden Vorschriften einschließlich der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller rechtsformgebundenen Regelungen
- Beachtung von Bestimmungen der Satzung des Mutterunternehmens, soweit diese den Inhalt der Rechnungslegung betreffen
- Die in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse und die Ordnungsmäßigkeit der Anpassung der Abschlüsse an die konzerneinheitliche Bilanzierung und Bewertung
- Beachtung von Ansatz-, Ausweis-, Bewertungs- und Konsolidierungsvorschriften in allen wesentlichen Belangen, einschließlich der Vorschriften zur Quotenkonsolidierung und zur Equity-Bilanzierung
- Ordnungsmäßigkeit der Fortführung der Konsolidierungsbuchungen
- Ordnungsmäßigkeit der Angaben im Konzernanhang in allen wesentlichen Belangen
- Ordnungsmäßigkeit der Angaben im Konzerneigenkapitalspiegel und in der Konzernkapitalflussrechnung in allen wesentlichen Belangen

Ergänzend zu den Ausführungen im Bestätigungsvermerk stellen wir fest:

Die Jahresabschlüsse der Konzernunternehmen wurden, soweit dies erforderlich war, an die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze ordnungsgemäß angepasst. Die konzerneinheitliche Bilanzierung und Bewertung erfolgte auf der Grundlage der beim Mutterunternehmen für den Konzernabschluss angewandten Vorschriften.

Soweit die vom DRSC aufgestellten DRS gesetzliche Wahlrechte einschränken oder zusätzliche, über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Angaben und Erläuterungen fordern (z. B. im Konzernanhang), wurden diese zulässigerweise nur teilweise angewandt. Allerdings ist in diesen Fällen über die Nichtanwendung der DRS im Prüfungsbericht hinzuweisen. Über folgende wesentliche Abweichungen zu den DRS ist zu berichten:

Der Konzernanhang enthält keine ergänzenden qualitativen Angaben nach DRS 18 (Latente Steuern) zu nicht angesetzten aktiven latenten Steuern.

Hinsichtlich der Veränderungen des Konsolidierungskreises und der insgesamt untergeordneten Auswirkungen verweisen wir auf den Konzernanhang.

6.2. Gesamtaussage des Konzernabschlusses

Der Konzernabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Gemäß § 321 Abs. 2 Satz 4 HGB ist auf wesentliche Bewertungsgrundlagen und – sofern vorliegend – den Einfluss von Änderungen in den Bewertungsgrundlagen einschließlich der Ausübung von Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungswahlrechten, die Ausnutzung von Ermessensentscheidungen sowie auf sachverhaltsgestaltende Maßnahmen einzugehen.

Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sowie die **Konsolidierungsmaßnahmen** entsprechen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und sind im Konzernanhang dargestellt.

Änderungen in den wesentlichen Bewertungsgrundlagen einschließlich der Ausübung von Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungswahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen sowie sachverhaltsgestaltende Maßnahmen, die sich wesentlich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken, haben sich nach unseren Feststellungen nicht ergeben.

7. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über unsere Prüfung des Konzernabschlusses der currily AG, Stuttgart, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften. Der Abfassung des Prüfungsberichts liegen die „Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten“ (IDW PS 450 n. F. (10.2021)) zu Grunde.

Stuttgart, 23. Juni 2025

RSM Ebner Stolz GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

DocuSigned by:

E7859D9FA5174E1...
Birgit Weisschuh
Wirtschaftsprüferin

DocuSigned by:

543061B6C10141E...
Philipp Rosenthal
Wirtschaftsprüfer

Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Konzernabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Anlagen

Konzernbilanz der currily AG, Stuttgart,
zum 31. Dezember 2024

A k t i v a	Stand am 31.12.2024	Stand am 31.12.2023
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	41.415,00	19.320,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	18.491.000,71	2.110.107,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	264.483,00	0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	85.439,00	8.267,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	166.929,95	0,00
	19.007.852,66	2.118.374,00
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	197.538,46	216.843,19
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	95.154,08	96.774,30
	292.692,54	313.617,49
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	18.678,08	4.814,31
2. Unfertige Erzeugnisse	746.584,43	87.680,25
3. Waren	97.184,87	653.550,27
4. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit fertigen Bauten	2.069.121,85	5.254.608,96
5. Geleistete Anzahlungen	160.201,68	41.672,47
6. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-953.529,93	-198.255,52
	2.138.240,98	5.844.070,74
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	335.813,36	6.779,51
2. Sonstige Vermögensgegenstände	141.374,83	174.930,32
	477.188,19	181.709,83
III. Flüssige Mittel	1.595.939,98	1.358.265,39
C. Rechnungsabgrenzungsposten	83.477,84	35.608,09
	23.636.807,19	9.870.965,54

P a s s i v a	Stand am 31.12.2024	Stand am 31.12.2023
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	106.000,00	106.000,00
II. Kapitalrücklage	2.094.000,00	2.094.000,00
III. Konzernbilanzverlust	-1.508.567,87	-663.803,39
IV. Nicht beherrschende Anteile	-193.857,81	42.694,75
	<u>497.574,32</u>	<u>1.578.891,36</u>
B. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	<u>34.538,53</u>	<u>0,00</u>
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	34.299,23	0,00
2. Sonstige Rückstellungen	134.406,75	121.150,00
	<u>168.705,98</u>	<u>121.150,00</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.918.503,73	6.405.457,07
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	154.181,29	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.485.433,38	285.747,46
4. Sonstige Verbindlichkeiten	4.369.612,49	1.293.261,57
	<u>22.927.730,89</u>	<u>7.984.466,10</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>8.257,47</u>	<u>1.498,50</u>
F. Passive latente Steuern	<u>0,00</u>	<u>184.959,58</u>
	<u>23.636.807,19</u>	<u>9.870.965,54</u>

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
der currily AG, Stuttgart,
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

	2024	2023
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	6.960.224,42	303.128,46
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	658.904,18	69.026,43
3. Sonstige betriebliche Erträge	128.124,34	5.901,48
	<u>7.747.252,94</u>	<u>378.056,37</u>
 4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebs- stoffe und für bezogene Waren	4.511.318,77	166.389,50
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.209.995,92	54.177,81
	<u>5.721.314,69</u>	<u>220.567,31</u>
 5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	875.438,52	153.521,08
b) Soziale Abgaben	188.822,53	30.455,73
	<u>1.064.261,05</u>	<u>183.976,81</u>
 6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	250.520,95	66.601,99
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.139.874,48	413.195,65
	<u>-428.718,23</u>	<u>-506.285,39</u>
 8. Erträge aus Beteiligungen	788,81	500,62
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27.447,21	7.153,91
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	7.370,22	2.601,48
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	716.630,46	198.252,33
	<u>-695.764,66</u>	<u>-193.199,28</u>
 12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-149.523,62	-971,39
13. Ergebnis nach Steuern	<u>-974.959,27</u>	<u>-698.513,28</u>
 14. Sonstige Steuern (i. V. Erstattete sonstige Steuern)	63.396,83	-609,59
 15. Jahresfehlbetrag	-1.038.356,10	-697.903,69
16. Ergebnis nicht beherrschende Anteile	-193.591,62	-38.538,35
 17. Konzernjahresfehlbetrag	-844.764,48	-659.365,34
18. Verlustvortrag	-663.803,39	-4.438,05
19. Konzernbilanzverlust	<u>-1.508.567,87</u>	<u>-663.803,39</u>

**Konzernanhang der currily AG, Stuttgart,
für das Geschäftsjahr 2024**

A. Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss

Die currily AG (im Folgenden: „currily AG“ oder „Konzernmuttergesellschaft“) ist Konzernmuttergesellschaft des currily-Konzerns (im Folgenden auch: „currily“, „currily-Gruppe“ oder „Konzern“). Der Sitz der currily AG befindet sich in Stuttgart und sie ist im Handelsregister B beim Amtsgericht Stuttgart mit der Nummer 787394 eingetragen.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde freiwillig nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Im Interesse einer besseren Klarheit und Übersichtlichkeit werden die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Konzernbilanz und der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke ebenso wie Vermerke, die wahlweise in der Konzernbilanz bzw. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung oder im Konzernanhang anzubringen sind, im Konzernanhang aufgeführt.

B. Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss der currily-Gruppe wurden neben der Konzernmuttergesellschaft neun (i. V. sechs) Unternehmen im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sowie die übrigen Beteiligungen sind in der Aufstellung der Angaben nach § 313 Abs. 2 HGB ersichtlich.

Die Tochtergesellschaften Currily 3 GmbH, Currily 5 GmbH und Currily 7 GmbH (alle mit Sitz in Stuttgart) wurden im Verlauf des Geschäftsjahres 2024 durch die Konzernmuttergesellschaft gegründet und zum jeweiligen Gründungsdatum erstkonsolidiert.

Mit Anteilskaufvertrag vom 30. Juli 2024 erwarb die Konzernmuttergesellschaft 100% der Anteile der Continea GmbH, Stuttgart.

Mit Anteilskaufvertrag vom 30. Juli 2024 erwarb die Konzernmuttergesellschaft sämtliche nicht beherrschenden Anteile (15 %) an der bereits im Vorjahr vollkonsolidierten Second GmbH, Sindelfingen.

Mit Verschmelzungsvertrag vom 28. August 2024 wurde die Second GmbH, Sindelfingen, auf die Konzernmuttergesellschaft rückwirkend zum 1. Januar 2024 verschmolzen.

Die Auswirkungen der Veränderung des Konsolidierungskreises auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind von untergeordneter Bedeutung.

C. Konsolidierungsgrundsätze

Dem Konzernabschluss liegen die Jahresabschlüsse der einbezogenen Unternehmen zu Grunde.

Bei sämtlichen in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen entspricht das Geschäftsjahr dem Kalenderjahr.

Die Kapitalkonsolidierung der voll einbezogenen Unternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode, die zwischen Erstkonsolidierung und Folgekonsolidierung differenziert.

Hierbei wird der Wertansatz der dem Mutterunternehmen gehörenden Anteile mit dem auf diese Anteile entfallenden Betrag des Eigenkapitals der Tochtergesellschaften verrechnet. Das Eigenkapital ist dabei entsprechend der Neubewertungsmethode mit dem Betrag anzusetzen, der dem Zeitwert der in den Konzernabschluss aufzunehmenden Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten und Sonderposten entspricht, der diesen zum Erstkonsolidierungszeitpunkt beizulegen ist. Rückstellungen sind nach § 253 Abs. 1 Satz 2 und 3 und Abs. 2 HGB und latente Steuern nach § 274 Abs. 2 HGB zu bewerten. Die Verrechnung erfolgt gemäß § 301 Abs. 2 HGB zu dem Zeitpunkt, zu dem das Unternehmen Tochterunternehmen geworden ist. Der Ausgleichsposten für nicht beherrschende Anteile bemisst sich grundsätzlich am Eigenkapital der jeweiligen Einzelgesellschaft unter Berücksichtigung der einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Aus der Erstkonsolidierung der Continea GmbH, Stuttgart, ergab sich ein passiver Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 35. Der passive Unterschiedsbetrag wird in den Folgejahren aufgelöst.

Statuswahrende Auf- bzw. Abstockungen von Mehrheitsbeteiligungen werden als Erwerbs- bzw. Veräußerungsvorgang abgebildet.

Die zwischen den voll konsolidierten Konzerngesellschaften bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten werden im Rahmen der Schuldenkonsolidierung nach § 303 Abs. 1 HGB gegeneinander aufgerechnet. Konzerninterne Aufwendungen und Erträge werden entsprechend § 305 HGB eliminiert.

Wurden in den Konzernabschluss übernommene Vermögensgegenstände des Anlage- und Vorratsvermögens von anderen Konzernunternehmen geliefert bzw. bezogen, so werden im Rahmen der Zwischenergebniseliminierung in der Konzernbilanz die Werte angesetzt, die sich ergeben hätten, wenn alle konsolidierten Unternehmen ein einziges Unternehmen bilden würden. Die konzerninternen Lieferungen und Leistungen werden dabei nach einheitlichen Bewertungsvorschriften gemäß § 308 HGB bewertet. Mit der Zwischenergebniseliminierung werden somit die Gewinn- und Verlustanteile herausgerechnet, welche zwar aus Sicht des einzelnen einbezogenen Konzernunternehmens realisiert sind, vom Standpunkt des Konzerns jedoch nicht oder noch nicht als realisiert anzusehen sind. Zum 31. Dezember 2024 ergaben sich keine zu eliminierenden Sachverhalte.

Für temporäre Unterschiede zwischen den im Konzernabschluss angesetzten Buchwerten und den steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden werden zukünftig wahrscheinlich eintretende Steuerent- und -belastungen bilanziert. Aktive latente Steuern werden mit passiven latenten Steuern saldiert ausgewiesen. Konzerneinheitlich werden keine Überhänge an aktiven latenten Steuern aktiviert.

D. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Abschlüsse der Konzernmuttergesellschaft sowie der in den Konzern einbezogenen Tochterunternehmen wurden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Von den konzerneinheitlichen Grundsätzen abweichende Wertansätze wurden nur insoweit beibehalten, als ihre Auswirkungen auf den Konzernabschluss unbedeutend waren.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige kumulierte Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen erfolgen jeweils linear über die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern, welche zwischen 3 und 5 Jahren betragen.

Das Sachanlagevermögen ist mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern liegen hierbei zwischen 1 und 50 Jahren. Zugänge werden ausschließlich nach der linearen Methode abgeschrieben.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Gegenständen des Anlagevermögens über dem Wert liegt, der ihnen am Bilanzstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. Stellt sich in einem späteren Geschäftsjahr heraus, dass die Gründe hierfür nicht mehr bestehen, so wird der Betrag dieser Abschreibungen im Umfang der Werterhöhung unter Berücksichtigung der Abschreibungen, die inzwischen vorzunehmen gewesen wären, zugeschrieben.

Vorräte werden nach dem gewogenen Durchschnitt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten enthalten Materialeinzel- und -gemeinkosten, Fertigungseinzel- und -gemeinkosten, Sonderkosten der Fertigung sowie angemessene Teile der allgemeinen Verwaltungskosten. Für Lager- und Verwertungsrisiken werden Abschläge in angemessenem Umfang vorgenommen.

Zur Verbesserung von Klarheit und Nachvollziehbarkeit der Darstellung der Vermögenslage des Konzerns wurde das gesetzliche Gliederungsschema der Bilanz innerhalb des Vorratsvermögens um den Posten „zum Verkauf bestimmte Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit fertigen Bauten“ ergänzt. Die im Vorratsvermögen ausgewiesenen und zur Veräußerung vorgesehenen Immobilien werden zu ihren jeweils individuellen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet. In die Herstellungskosten werden die direkt zurechenbaren Material-, Fertigungs- und Sondereinzelkosten der Fertigung sowie angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten einbezogen.

Angemessene Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen, wenn sich Bestandsrisiken aus zum Bilanzstichtag unter die Anschaffungs- oder Herstellungskosten gesunkene Marktpreise der zur Veräußerung vorgesehenen Immobilien ergeben.

Die geleisteten Anzahlungen sind ohne Umsatzsteuer ausgewiesen.

Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen werden - soweit in entsprechender Höhe entsprechende Vorräte vorhanden sind - offen von den Vorräten abgesetzt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden zum Nominalwert, abzüglich notwendiger Einzelwertberichtigungen, angesetzt.

Die liquiden Mittel werden zum Nominalwert angesetzt.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Der Ansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags.

Die Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Erträge für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

E. Erläuterungen zur Konzernbilanz sowie zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

I. Konzernbilanz

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird in einem Konzernanlagenspiegel dargestellt, der dem Konzernanhang als Anlage beigefügt ist.

2. Flüssige Mittel

Der Posten enthält Guthaben bei Kreditinstituten.

3. Konzerneigenkapital

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft in der Zeit bis zum 22. Februar 2028 um insgesamt bis zu EUR 50.000,00 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von bis zu 50.000 Stück neuer Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2023).

Aus dem oben genannten genehmigten Kapital wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2023 das Grundkapital um EUR 6.000,00 durch Ausgabe von 6.000 neuen auf den Namen lautenden Stückaktien erhöht.

Das Grundkapital beträgt unverändert zum Vorjahr EUR 106.000,00 und ist aufgeteilt in 106.000 Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Namen der Aktionäre.

4. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen entfallen auf Kosten für die Abschlusserstellung und -prüfung sowie Steuererklärungen (TEUR 77), ausstehende Eingangsrechnungen (TEUR 39), abgegrenzten Resturlaub (TEUR 9) sowie auf Kosten zur Erfüllung gesetzlicher Archivierungspflichten (TEUR 9).

5. Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten des Konzerns stellen sich wie folgt dar:

	Restlaufzeit bis 1 Jahr		Restlaufzeit 1 - 5 Jahre		Restlaufzeit über 5 Jahre		Gesamt	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023
Verbindlichkeiten gegen-								
über Kreditinstituten	1.981.481,82	1.482.597,51	1.572.190,13	3.088.866,67	13.364.831,78	1.833.992,89	16.918.503,73	6.405.457,07
Erhaltene Anzahlungen	154.181,29	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	154.181,29	0,00
Verbindlichkeiten aus Liefe-								
rungen und Leistungen	1.485.433,38	285.747,46	0,00	0,00	0,00	0,00	1.485.433,38	285.747,46
Sonstige Verbindlichkeiten	826.951,20	891.928,24	3.542.661,29	401.333,33	0,00	0,00	4.369.612,49	1.293.261,57
	4.448.047,69	2.660.273,21	5.114.851,42	3.490.200,00	13.364.831,78	1.833.992,89	22.927.730,89	7.984.466,10

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in Höhe von EUR 16.537.503,19 durch Grundschulden und in Höhe von EUR 145.000,00 durch Sicherungsübereignung von technischen Anlagen besichert. Die durch Grundschulden besicherten Verbindlichkeiten sind zusätzlich durch Sicherungsabtretungen zukünftiger Mietforderungen besichert.

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen branchenübliche Eigentumsvorbehalte.

Die sonstigen Verbindlichkeiten entfallen in Höhe von EUR 311.233,03 (i. V. EUR 4.336,65) auf solche aus Steuern sowie in Höhe von EUR 3.410,38 (i. V. EUR 0,00) auf Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit.

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind in Höhe von EUR 1.825.000,00 durch Rangrücktrittserklärung nachrangig.

6. Latente Steuern

Latente Steuern werden insbesondere für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen im Konzernabschluss und den steuerrechtlichen Wertansätzen von Anlagevermögen und sonstigen Rückstellungen ermittelt. Zusätzlich zu den zeitlichen Bilanzierungsunterschieden werden steuerliche Verlustvorträge - soweit mit einer Realisierung innerhalb der nächsten fünf Jahre gerechnet werden kann - berücksichtigt. Im Berichtsjahr ergab sich ein Aktivüberhang, der in Ausübung des Aktivierungswahlrechts nicht angesetzt wurde.

Zusätzlich werden latente Steuern auf Konsolidierungsbuchungen entsprechend § 306 HGB gebildet. Die Bewertung erfolgte zum kombinierten Ertragsteuersatz, der Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag umfasst und 30,53 Prozent betrug.

Die durch den Konzern bilanzierten passiven latenten Steuern entwickelten sich wie folgt:

	2024 EUR	2023 EUR
Saldo 1. Januar	184.959,58	0,00
Zugang aus Erstkonsolidierung	0,00	185.930,85
Ergebniswirksame Auflösung	-184.959,58	-971,27
Saldo 31. Dezember	0,00	184.959,58

II. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse lassen sich wie folgt nach Tätigkeitsbereichen aufgliedern:

	2024 TEUR	2023 TEUR
Verkauf von Immobilien	4.696	-
Vermietung von Immobilien	753	252
Verkauf von Solarpanelen	547	10
Veranstaltungserlöse	391	-
Dienstleistungen	372	41
sonstige Umsatzerlöse	201	-
Summe	6.960	303

Die Umsatzerlöse des Konzerns wurden in voller Höhe im Inland erzielt.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 11.

3. Abschreibungen

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von EUR 7.370,22 (i. V. EUR 2.601,48) vorgenommen.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten periodenfremde Aufwendungen aus Nachberechnungen für Vorjahre in Höhe von TEUR 21.

5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aus der Auflösung passiver latenter Steuern fielen im Geschäftsjahr 2024 Erträge in Höhe von EUR 184.959,58 (i. V. EUR 971,27) an, welche im Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ enthalten sind.

6. Ergebnis nicht beherrschender Anteile

Das Jahresergebnis, das auf die nicht beherrschenden Anteile entfällt, betrifft in Höhe von EUR 193.591,62 Anteile an Verlusten.

F. Aufstellung der Angaben nach § 313 Abs. 2 HGB

Folgende verbundene Unternehmen wurden in den Konzernabschluss im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen:

Nr.	Name	Sitz	Beteiligungsquote %
1	currily AG	Stuttgart	100,00
2	currily 2 GmbH	Stuttgart	100,00
3	currily construction GmbH	Stuttgart	51,00
4	currily energy GmbH	Stuttgart	80,00
5	sunarix GmbH	Stuttgart	60,00
6	Cashflow Conference GmbH	Stuttgart	80,00
7	Currily 3 GmbH	Stuttgart	100,00
8	Continea GmbH	Stuttgart	100,00
9	Currily 5 GmbH	Stuttgart	100,00
10	Currily 7 GmbH	Stuttgart	100,00

Die Anteile an sämtlichen in den Konzern einbezogenen Tochterunternehmen werden direkt durch die Konzernmuttergesellschaft currily AG gehalten.

Des Weiteren hält der Konzern folgende, im Finanzanlagevermögen ausgewiesene Beteiligungen, welche sämtlich durch die Konzernmuttergesellschaft currily AG gehalten werden:

Nr	Name	Sitz	Beteiligungsquote %	Stichtag	Eigenkapital TEUR	Jahresergebnis TEUR
1	Empire Logistik GmbH*	Ditzingen	15,00	-	n/a	n/a
2	A+T Logistik GmbH*	Ludwigsburg	15,00	-	n/a	n/a
3	FINEXX Fonds III GmbH & Co. KG**	Stuttgart	9,09	-	n/a	n/a

* Über das Vermögen dieser Gesellschaften wurde das Insolvenzverfahren eröffnet, ein Jahresabschluss liegt nicht vor

** Ein Jahresabschluss liegt nicht vor

G. Sonstige Angaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen und außerbilanzielle Geschäfte

Der Konzern nutzt langfristige Mietverträge zur Anmietung von Büro- sowie Lagerräumen. Vorteile daraus bestehen hauptsächlich in der Begrenzung der Höhe des im Unternehmen gebundenen Kapitals sowie der den betrieblichen Erfordernissen entsprechenden Flexibilität bezüglich der genutzten Vermögensgegenstände. Risiken ergeben sich im Wesentlichen aus zukünftigen Steigerungen der zu zahlenden Mieten.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus Erbbaurechten bzw. Mietverträgen betrugen zum 31. Dezember 2024 insgesamt TEUR 2.120.

Verpflichtungen zum Erwerb von Immobilien des Umlaufvermögens bestehen in Höhe von TEUR 11.470.

2. Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2024 beschäftigte die currily-Gruppe durchschnittlich 18 Mitarbeiter. Hiervon sind 5 im handwerklichen Bereich des Konzerns tätig, 13 Mitarbeiter entfallen auf die verschiedenen Verwaltungsbereiche.

3. Vorstand und Aufsichtsrat

Als Vorstände des Konzernmutterunternehmens currily AG waren im Geschäftsjahr 2024 und bis zur Aufstellung des Konzernabschlusses folgende Herren bestellt:

Tobias Michael Claessens (Chief Executive Officer)
Fabian Manuel Ulrich (Chief Financial & Operations Officer)
Simon Flebus (Chief Markets Officer)
Marcus Mattes (Chief Technology Officer)

Die Gesamtbezüge des Vorstands betrugen im Geschäftsjahr 2024 TEUR 155.

Der Aufsichtsrat des Konzernmutterunternehmens setzte sich im Geschäftsjahr 2024 wie folgt zusammen:

Jan Bühler (Wirtschaftsprüfer)
Finja Carolin Kütz (Unternehmensberaterin)
Prof. Dr. Kurt J. Lauk (Unternehmensberater) - bis 30. September 2024
Michael Reinhardt (CEO) - ab 1. Oktober 2024
Christof Gabriel Maetze (Unternehmensberater)
Fabian Walter (Unternehmensberater)

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2024 eine Vergütung für ihre Tätigkeit in Höhe von TEUR 13.

4. Ergänzende Angaben zur Konzernkapitalflussrechnung

In der Konzernkapitalflussrechnung umfasst der Finanzmittelfonds die liquiden Mittel (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten) sowie jederzeit fällige Bankverbindlichkeiten.

Die Investitionen des Berichtsjahres in das Anlagevermögen waren in Höhe von TEUR 750 nicht zahlungswirksam.

5. Honorar für Leistungen des Konzernabschlussprüfers

Das von dem Abschlussprüfer berechnete Gesamthonorar für das Geschäftsjahr betrug TEUR 71 und entfiel in voller Höhe auf Abschlussprüfungsleistungen. Davon entfallen TEUR 21 auf das Vorjahr.

H. Nachtragsbericht

Bis zur Erstellung des Konzernabschlusses erwarb die currily-Gruppe weitere Immobilien mit Kaufpreisen von in Summe EUR 11,5 Mio. Diese sind teils zur direkten Weiterveräußerung als auch teils zur Sanierung vorgesehen. Aus der Weiterveräußerung von darin enthaltenen erworbenen Wohneinheiten wurden bereits Umsatzerlöse in Höhe von EUR 2,5 Mio. erzielt. Des Weiteren wurde ein Vertrag über den Erwerb einer Immobilie zur Weiterveräußerung in Höhe von EUR 1,9 Mio. abgeschlossen.

Im März 2025 wurde ein Erbbaurechtsvertrag bis 31. Dezember 2155 verlängert und der jährliche Erbbauzins erhöht. Dies führt zu einer Erhöhung der sonstigen finanziellen Verpflichtungen um EUR 3,2 Mio.

Stuttgart, 23. Juni 2025

Tobias Michael Claessens
Vorstand

Simon Flebus
Vorstand

Fabian Manuel Ulrich
Vorstand

Marcus Mattes
Vorstand

Entwicklung des Konzernanlagevermögens
der currily AG, Stuttgart,
im Geschäftsjahr 2024

Anschaffungs-/Herstellungskosten

	Stand am 1.1.2024	Zugänge durch Erstkonsolidierung	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2024
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	21.974,64	0,00	30.950,00	0,00	52.924,64
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.152.896,31	0,00	16.577.007,39	0,00	18.729.903,70
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00	0,00	265.474,47	0,00	265.474,47
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	27.545,45	3.872,76	122.769,12	3.500,00	150.687,33
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	166.929,95	0,00	166.929,95
	2.180.441,76	3.872,76	17.132.180,93	3.500,00	19.312.995,45
III. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen	216.843,19	0,00	0,00	13.554,73	203.288,46
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	99.375,78	0,00	0,00	0,00	99.375,78
	316.218,97	0,00	0,00	13.554,73	302.664,24
	2.518.635,37	3.872,76	17.163.130,93	17.054,73	19.668.584,33

Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte	
Stand am 1.1.2024	Zugänge durch Erstkonsolidierung	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2024	Stand am 31.12.2024	Stand am 31.12.2023
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
2.654,64	0,00	8.855,00	0,00	11.509,64	41.415,00	19.320,00
42.789,31	0,00	196.113,68	0,00	238.902,99	18.491.000,71	2.110.107,00
0,00	0,00	991,47	0,00	991,47	264.483,00	0,00
19.278,45	2.883,08	44.560,80	1.474,00	65.248,33	85.439,00	8.267,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	166.929,95	0,00
62.067,76	2.883,08	241.665,95	1.474,00	305.142,79	19.007.852,66	2.118.374,00
0,00	0,00	5.750,00	0,00	5.750,00	197.538,46	216.843,19
2.601,48	0,00	1.620,22	0,00	4.221,70	95.154,08	96.774,30
2.601,48	0,00	7.370,22	0,00	9.971,70	292.692,54	313.617,49
67.323,88	2.883,08	257.891,17	1.474,00	326.624,13	19.341.960,20	2.451.311,49

Konzernkapitalflussrechnung
der currily AG, Stuttgart,
für das Geschäftsjahr 2024

	2024	2023
	TEUR	TEUR
Konzernjahresfehlbetrag einschließlich		
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-1.038	-698
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	258	67
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	11	112
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	3.370	-3.881
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.126	-292
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	3	-5
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	689	191
+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	-150	-1
-/+ Ertragsteuerzahlungen	-5	0
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	4.264	-4.507
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-31	-21
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-16.382	-2.165
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	14	16
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	-99
- Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis	-132	-90
+ Erhaltene Zinsen	27	7
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-16.504	-2.352
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	0	2.100
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von nicht beherrschenden Gesellschaftern	0	32
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	16.566	6.185
- Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-)Krediten	-3.509	0
- Gezahlte Zinsen	-640	-198
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	12.417	8.119
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	177	1.260
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.358	98
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.535	1.358
Finanzmittelfonds		
Flüssige Mittel	1.596	1.358
Kurzfristige Bankverbindlichkeiten	-61	0
	1.535	1.358

**Konzerneigenkapitalspiegel
der currily AG, Stuttgart,
im Geschäftsjahr 2024**

	Eigenkapital des Mutterunternehmens				Nicht beherrschende Anteile			Konzern-eigen-kapital
	Gezeichnetes Kapital	Kapital-rücklage	Konzernbilanz-verlust	Summe	Nicht beherrschende Anteile vor Jahresergebnis	Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Gewinne/ Verluste	Summe	Summe
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Stand am 1.1.2023	100	0	-4	96	0	0	0	96
Einzahlung durch Aktionäre des Mutterunternehmens	6	2.094	0	2.100	0	0	0	2.100
Änderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	81	0	81	81
Konzernjahresfehlbetrag	0	0	-659	-659	0	-39	-39	-698
Stand am 31.12.2023	106	2.094	-663	1.537	81	-39	42	1.579
Aufstockung von Anteilen an Tochtergesellschaften	0	0	0	0	-49	6	-43	-43
Konzernjahresfehlbetrag	0	0	-845	-845	0	-193	-193	-1.038
Stand am 31.12.2024	106	2.094	-1.508	692	32	-226	-194	498

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
- (2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
- (3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.
- (2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

- (1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.
- (2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

- (1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.
- (2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.
- (2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.
- (2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

